

Neudruck

Antrag

der AfD-Fraktion

Kein „Flüchtlings-Soli“

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag bekennt sich dazu, dass die administrativen Maßnahmen mit Bezug auf die sogenannte „Flüchtlingskrise“ nicht zu einer Erhöhung der Steuern und Abgaben und damit zu einer Mehrbelastung der Bürger Brandenburgs führen dürfen.

Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, gegen entsprechende Gesetze zu stimmen, sollten entsprechende Gesetzesvorlagen zur Abstimmung im Bundesrat eingebracht werden. Gleiches gilt für Steuer- und Abgabenerhöhung durch die Hintertür durch Einführung einer Steuer auf EU-Ebene.

Des Weiteren lehnt der Landtag die Umwidmung des Solidaritätszuschlags zu einem Integrationssoli, wie vom thüringischen MP Ramelow gefordert, grundsätzlich ab.

Begründung:

Mit ihrem Satz: „Wir haben gut gewirtschaftet“ schloss Bundeskanzlerin Merkel medienwirksam einen „Flüchtlings-Soli“ aus. Die Idee eines Solidaritätsbeitrags für Flüchtlinge hatte Bundesfinanzminister Schäuble allerdings vorher schon mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker besprochen, wie am Rande der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds bekannt geworden war. Der Koalitionspartner SPD fordert ein Investitionspaket in Höhe von 20 Milliarden Euro zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Dafür sollte nach Meinung des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Ralf Stegner das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes aufgegeben werden, was Bundesfinanzminister Schäuble nicht verantworten will und aus diesem Grund auf mögliche Sondereinnahmen durch einen Flüchtlings-Soli schießt. Um die Bedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern und Maßnahmen zur Grenzsicherung zu finanzieren – dafür wird in Brüssel und Berlin über eine gemeinsame Sondersteuer nachgedacht.

SPD-Vize Ralf Stegner erklärte gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“: „Wir müssen für die kommenden Jahre einen zweistelligen Milliardenbetrag zusätzlich für Bildung, Integration und Infrastruktur mobilisieren: für Kitas, für die Schulen, für den Arbeitsmarkt.“ Und ergänzt: „Diese Investitionen würden zum Konjunkturpaket für ganz Deutschland.“ Den Jusos geht das nicht weit genug. Sie fordern zugleich Steuererhöhungen, um die Kosten für die Aufnahme der Flüchtlinge zu stemmen. „Da müssen gerade die, die viel haben, mehr beitragen“, sagte die Vorsitzende der SPD-Nachwuchsorganisation, Johanna Uekermann, der ZDF-Sendung „Berlin direkt“.

Dr. Alexander Gauland
für die AfD-Fraktion

Datum des Eingangs: 10.11.2015 / Ausgegeben: 17.11.2015